

Die »Verarbeitung« des 17. Juni 1953 in der DDR und der Bundesrepublik

Bernd Faulenbach

Der Aufstand am 17. Juni 1953 hat im deutschen Bewusstsein der Nachkriegsepoche eine große, wenn auch in beiden Staaten und einzelnen Zeitabschnitten sehr unterschiedliche Rolle gespielt. Am Umgang mit der Erinnerung an dieses Geschehen lassen sich wesentliche Aspekte der Geschichte der beiden deutschen Staaten verdeutlichen: das Verhältnis von Bundesrepublik und DDR, Legitimations- und De-Legitimationsprozesse in beiden deutschen Staaten, nicht zuletzt die Politik mit Erinnerung sowie Historisierungsprozesse. Die Umwälzung 1989/90, der Sturz des SED-Systems und die (Wieder-)Vereinigung haben alle diese Prozesse gleichsam historisch überholt, so dass sich die Frage nach einer Neubewertung des 17. Juni 1953 in der Gegenwart des vereinigten Deutschland stellt.

Hier soll der Umgang mit dem 17. Juni 1953 im geteilten Deutschland skizziert und abschließend die Frage aufgeworfen werden, inwieweit der 17. Juni 1953 im Geschichtsbewusstsein des vereinigten Deutschland ein neues Gewicht erhalten hat bzw. erhalten soll.

Auszugehen hat jede Betrachtung der Nachwirkung und der »Verarbeitung« von den historischen Ereignissen des Jahres 1953. Auf der Basis des gegenwärtigen Forschungsstandes lässt sich konstatieren, dass die Aufstandsbewegung umfangreicher war, als lange angenommen wurde.¹ Die Vorstellung eines im Wesentlichen auf Ost-Berlin und einige wenige industrielle Zentren beschränkten Geschehens ist falsch. Keine Frage, dass das Ganze als Streikbewegung begann und die Arbeiter einen herausragenden Anteil am Aufstand hatten.² Es ging um die Rücknahme der Normenerhöhungen. Doch der Arbeitskampf war fast von Anfang an vermischt mit politischen Forderungen, nämlich dem Ruf nach einer neuen Politik, nach Ablösung der Regierung und nach freien Wahlen. Es ging also um soziale Lebensbedingungen, soziale Gerechtigkeit, um Freiheit, aber letztlich eben

auch – wie die Forderung nach freien Wahlen zeigte – um die Wiederherstellung der nationalen Einheit.

Die groben Striche mögen als Hinweis reichen, dass das Geschehen tatsächlich Anhaltspunkte dafür bot, von einem »Arbeiteraufstand« wie von einem »Volksaufstand«, von einem Kampf um bessere Lebensbedingungen wie von einem Freiheitskampf zu sprechen, bei dem es eben auch um Deutschland als Ganzes ging.³

Der Aufstand delegitimierte das SED-System. Zwar wurde das Regime von einer Minderheit getragen – Kadern der SED, Teilen der Jugend, zurückgekehrten Emigranten –, doch selbst Menschen aus diesen Gruppen erwiesen sich nicht als immun gegenüber den Forderungen der Aufstandsbewegung. Aufs Ganze gesehen stellten der Aufstand und – in der Folgezeit – die Erinnerung an den Aufstand die Legitimation des SED-Regimes nachhaltig in Frage. Dies war ein bedeutender Tatbestand für die SED-Führung, und zwar sowohl im Hinblick auf die innere Entwicklung der DDR als auch die Ost-West-Auseinandersetzung.

I

Da die SED-Herrschaft nur durch das Eingreifen sowjetischer Truppen gerettet werden konnte, war fortan offensichtlich, dass das System durch die Sowjetunion – notfalls mit Gewaltmitteln – garantiert wurde. Die Legitimation des Staates DDR und des SED-Systems war nicht nur in der Sicht des Westens nicht gegeben, sondern auch in den Augen beträchtlicher Teile der DDR-Bevölkerung nachhaltig erschüttert worden.

Die Vertreter von Partei- und Staatsführung und die von ihnen gelenkte Presse waren 1953 – nicht zuletzt auch aufgrund der westlichen Reaktionen auf den Aufstand – gezwungen, zum Geschehen Stellung zu nehmen. Zwar wurden in den Tagen nach dem Aufstand in manchen Diskussionen Fehler eingestanden, doch in der offiziellen Propaganda zeichnete sich schon im Juni 1953 ein anderes Bild ab: Die Rede war von einem faschistischen Putschversuch, der für den Tag X geplant und am 17. Juni 1953 inszeniert worden sei und bei dem westliche Provokateure eine große Rolle gespielt hätten.⁴ Beteiligt waren demnach US-Agenten, Faschisten oder auch »Halbstarke«. Neben dem Begriff »faschistischer Putsch« tauchte bald auch der Begriff der »Konterrevolution« auf, hinter der imperialistische Kräfte gestanden hätten; eine Interpretation, die durch die enge Verknüpfung des Imperialismus- und des Faschismus-Begriffs in der kommunistischen Theorie ermöglicht wurde. Da das SED-System sich als Erbe des Antifa-

schismus darzustellen suchte, wurden seine Gegner gleichsam zu Faschisten gemacht. Belege für die These des faschistischen Putsches wurden nie beigebracht. Die bei der Befreiung von Häftlingen auf freien Fuß gelangte »SS-Kommandeuse« Erna Dorn, die angeblich im Aufstand eine Rolle gespielt hatte (der Fall ist ausgesprochen dubios), wurde herangezogen, um irgendwie die These vom Putsch unter Beteiligung von Faschisten zu belegen.⁵ Bemerkenswerterweise hatte dieses grobe Bild bis zum Ende der DDR Bestand. Zu einer selbstkritischen Interpretation seiner Geschichte war das SED-System nicht in der Lage.

Die starke Hervorhebung des Antifaschismus, seine Erhebung zur Staatsdoktrin, war ein Mittel, um die fehlende demokratische Legitimation zu kompensieren. Über den Antifaschismus konnte die SED-Führung die Vorstellung verteidigen, dass die DDR der moralisch bessere deutsche Staat sei. Diese Selbststilisierung wurde in den fünfziger Jahren durch die wenig konsequente Auseinandersetzung mit dem NS-System und dessen Repräsentanten in der Bundesrepublik erleichtert.⁶

Von erheblicher Bedeutung war der 17. Juni 1953 auch für das Verhältnis der DDR zur Bundesrepublik. Der Anspruch einer nationalen Politik, eines kommunistischen Ausgreifens nach Westdeutschland war durch den 17. Juni weitgehend gegenstandslos geworden. Durch den 17. Juni 1953 und die damit verbundene De-Legitimation des SED-Systems war die DDR auf sich selbst zurückgeworfen. Es fand eine – wie Edgar Wolfrum formuliert hat – »innere Staatsgründung unter repressivem Vorzeichen« statt.⁷ Der Antifaschismus war auf der geschichtspolitischen Ebene das Mittel, das SED-System erneut zu legitimieren; er konnte dazu beitragen, gegenüber dem Westen wieder aus der politisch-moralischen Defensive herauszukommen. Aufs Ganze gesehen aber bewirkte der Aufstand, obgleich er eine Tendenz zur deutschen Wiedervereinigung enthielt, eine Vertiefung der deutschen Spaltung.

II

Die SED-Interpretation des 17. Juni 1953, die sicherlich auf die Dauer in Teilen der Bevölkerung nicht gänzlich wirkungslos war, stimmte mit den Erfahrungen vieler Menschen nicht überein. Der 17. Juni war jedoch sowohl für das System und seine Anhänger als auch für die Beteiligten an den Streiks und Demonstrationen und, was diesen folgte, eine traumatische Erfahrung, die bis zum Ende der DDR nachwirkte. Ein Schlaglicht auf diesen Umstand mag die Tatsache werfen, dass das MfS, die Polizei sowie

die SED-Leitungen bis weit in die siebziger Jahre hinein in den Tagen um den 17. Juni in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt wurden. Und noch am Vorabend des Herbstes 1989 fragte Erich Mielke, ob ein neuer 17. Juni drohe.⁸

Bei den Beteiligten des Aufstandes wurden die persönlichen Erfahrungen eingekapselt, partiell durch vorherrschende Interpretationsmuster überdeckt. Lutz Niethammer fand bei seinen Befragungen von Bürgern der DDR in den achtziger Jahren am häufigsten eine »Choreographie informierter Unbeteiligung«.⁹ Erst nach 1989 konnte über die zuvor verbotene Erinnerung gesprochen werden. In den Erzählungen von Beteiligten schwang noch in den neunziger Jahren etwas von der Erregung des 17. Juni 1953 mit, zugleich aber wurde dabei eine »unbewältigte Vergangenheit« sichtbar, die über lange Zeit das Verhältnis der Generationen zum SED-System mitgeprägt hat, die den 17. Juni 1953 erlebt hatten.¹⁰

Soweit Geschichtswerke von DDR-Historikern den 17. Juni behandelten, bewegten sie sich in dem Rahmen, den die SED-Führung für Interpretationen abgesteckt hatte. Die Geschichte der Arbeiterbewegung von 1969 räumte zwar Fehler der Partei ein, doch wichtiger waren aus vorherrschender Sicht der Imperialismus und faschistische Kräfte.¹¹ Bei Stefan Doernberg (1969) haben imperialistische Kräfte einen konterrevolutionären Putsch durchgeführt, Ernst Diehl, von 1969 bis 1989 Vorsitzender des für die offizielle Geschichtsschreibung zuständigen Rates für Geschichtswissenschaft, sprach noch 1986 von einem »konterrevolutionären Putsch-Versuch«.¹² Erst 1990 wurde dieses Bild von DDR-Historikern teilweise revidiert.¹³

Obgleich in der Literatur die Darstellungsmöglichkeiten differenzierter waren, schienen auch dort die SED-Interpretationsmuster in erheblichem Maße durch. Stephan Hermlins *Die Kommandeuse* (1953) sieht den Aufstand als von faschistischen und westlichen Elementen herbeigeführt; im Aufstand setzt sich der faschistische Weg fort.¹⁴ Stefan Heyms *5 Tage im Juni*, in der frühen Fassung in den fünfziger Jahren entstanden, geht zwar auch von Agentenarbeit aus, sucht jedoch die Hauptursachen für den 17. Juni 1953 in den Verhältnissen in der DDR – und weicht darin von gängigen Mustern ab; selbst in der Fassung von 1974 spielt jedoch das SPD-Ostbüro nach wie vor eine wichtige Rolle, wenn auch ein ganzes Ensemble unterschiedlicher Momente zum Aufstand geführt hatte.¹⁵ In Anna Seghers *Das Vertrauen* (1968) ist der 17. Juni 1953 eine Verschwörung von Arbeitern und westlichen Agenten, doch setzen sich schließlich die Gegner des Aufstandes ohne Hilfe von Panzern durch.¹⁶ Bei Hermann Kant (*Das Impressum* 1972) ist das Volk eine leicht verführbare Masse, gegen die es

Titelbild einer DDR-Propagandabroschüre der fünfziger Jahre

künftig ein verständliches Misstrauen der herrschenden Elite gibt.¹⁷ In der DDR-Literatur gab es mithin zu diesem Thema allenfalls ansatzweise eine differenziertere Sicht.¹⁸

Im Laufe der Zeit verlor der 17. Juni 1953 als Beweis für den Legitimationsmangel des SED-Systems in der DDR an Gewicht. Dabei spielte – angesichts der zunehmenden Stabilität der DDR nach dem Bau der Mauer – auch die normative Kraft des Faktischen eine wesentliche Rolle. Doch letztlich blieb der 17. Juni 1953 für das SED-System und sein Geschichtsbild stets ein Problem, zumal das SED-System vehement danach strebte, sich über die Geschichte zu legitimieren.

III

Die Geschehnisse des 17. Juni 1953 fanden – schon am Tag selbst und an den folgenden Tagen – auch in Westdeutschland einen enormen Widerhall.¹⁹ Rundfunk, Wochenschauen und Zeitungen berichteten; Regierung und Parteien waren tief aufgewühlt und reagierten mehr oder weniger hilflos. Am 21. und 23. Juni fanden in Bonn und Berlin Gedenk- und Trauerveranstaltungen für die Opfer statt, bei denen der Bundespräsident, der Bundeskanzler, der Minister für gesamtdeutsche Fragen und der Berliner Regierende Bürgermeister sprachen. Beim Trauerakt vor dem Schöneberger Rathaus am 23. Juni 1953 formulierte Bundeskanzler Konrad Adenauer einen »Schwur für das ganze deutsche Volk«: »Das deutsche Volk hinter dem Eisernen Vorhang ruft uns zu, seiner nicht zu vergessen und wir schwören ihm in dieser feierlichen Stunde: Wir werden seiner nicht vergessen. Wir werden nicht ruhen und wir werden nicht rasten – diesen Schwur lege ich ab für das ganze deutsche Volk – bis auch sie wieder Freiheit haben, bis ganz Deutschland wieder vereint ist in Frieden und Freiheit«.²⁰ Damit war der 17. Juni 1953 zu einem nationalen Ereignis erhoben worden, das alle Deutschen verband und insbesondere die Westdeutschen verpflichtete, sich für die Freiheit im Osten einzusetzen. Dies implizierte im vorherrschenden Verständnis die Aufgabe, das kommunistische System zu überwinden und Deutschland wieder zu vereinigen.

Schon unmittelbar nach dem Geschehen wurden Stimmen laut, die dessen historische Bedeutung hervorhoben. So schrieb Marion Gräfin Dönhoff am 25. Juni 1953 in der Wochenzeitung *Die Zeit*: »Der 17. Juni 1953 wird einst und vielleicht nicht nur in die deutsche Geschichte eingehen als ein großer, ein symbolischer Tag. Er sollte bei uns jetzt schon zum Nationalfeiertag des wiedervereinigten Deutschland proklamiert werden. Denn an

Trauerakt vor dem Schöneberger Rathaus am 23. Juli 1953

diesem 17. Juni hat sich etwas vollzogen, was wir alle für unmöglich hielten [...] Als Demonstration begann's und ist eine Revolution geworden. Die erste wirkliche deutsche Revolution, ausgetragen von Arbeitern, die sich gegen das kommunistische Herrschaftsparadies empörten.«²¹ Aus der Sicht von Gräfin Dönhoff war der Aufstand eine deutsche Revolution gegen die Diktatur, eine Revolution für Freiheit und Wiedervereinigung.

Sehr rasch setzte auch im politischen Raum eine Diskussion darüber ein, wie man mit der Erinnerung an den 17. Juni umgehen sollte. Es war insbesondere Herbert Wehner, der frühere Kommunist und später führende Sozialdemokrat, Vorsitzender des gesamtdeutschen Ausschusses des Bundestages, der die Initiative ergriff, den 17. Juni künftig als Gedenktag zu begehen – ein Vorschlag, dem sich die Regierung Adenauer nicht entziehen konnte.²² Am 2. Juli 1953 beschloss der Bundestag gegen die Stimmen der KPD ein Gesetz, das den 17. Juni zum gesetzlichen Feiertag machte. In der Präambel heißt es: »Am 17. Juni 1953 hat sich das deutsche Volk in der sowjetischen Besatzungszone und in Ost-Berlin gegen die kommunistische Gewaltherrschaft erhoben und unter schweren Opfern seinen Willen zur Freiheit bekundet. Der 17. Juni ist damit zum Symbol der deutschen Einheit und Freiheit geworden.«²³ Der Feiertag sollte an die Verpflichtung erinnern, das SED-System und damit die deutsche Teilung zu überwinden.

Die Sozialdemokraten interpretierten den 17. Juni 1953 anders als Adenauer. Aus ihrer Sicht hatten die Arbeiter für Freiheit und Einheit gestreikt und dafür Opfer gebracht. Die Arbeiter waren für sie die »nationale Klasse«. Herbert Wehner und Willy Brandt hoben im Bundestag den proletarischen Charakter des Aufstandes hervor, der sich gegen das SED-System, doch aus ihrer Sicht auch gegen die Westintegrationspolitik unter bürgerlichen Vorzeichen gerichtet hatte. Selbst Brandt, der wie Reuter ausgesprochen westorientiert war, formulierte, dass der Sozialdemokratie die »gesamtdeutsche Haut« näher sei als »irgendein klein-europäisches Hemd«. Es waren nach Willy Brandt »Arbeiter mit sozialdemokratischen Anschauungen«, die nicht »den Nacken unter das Joch der zweiten Diktatur gebeugt hatten«.²⁴ Die Sozialdemokraten identifizierten sich mit den aufständischen Arbeitern; in der Bundestagsdebatte bezeichnete Wehner, auf einen Zwischenruf reagierend, die SPD als »Fleisch vom Fleische der mitteldeutschen Arbeiter«.²⁵ Zwar stellten die Sozialdemokraten die Bundesrepublik nicht in Frage, obgleich sie den Provisoriumscharakter noch stark betonten, doch enthielt ihre Interpretation des 17. Juni 1953 den besonders akzentuierten Willen, den Status quo zu überwinden. Die Sozialdemokraten, die sich nun endgültig vom Makel nationaler Unzuverlässig-

*Umbenennung der Charlottenburger Chaussee in »Strasse des 17. Juni«
am 24. Juli 1953*

keit, der ihnen unter Bismarck und unter Hitler angeheftet worden war²⁶, zu befreien suchten, stellten sich nach dem 17. Juni 1953 als ausgesprochen gesamtdeutsche Partei mit einem Hauch von nationalrevolutionärem Impetus dar.

Demgegenüber leiteten Adenauer und Sprecher der CDU aus der anti-kommunistischen Komponente des Aufstandes gleichsam ein Plebiszit für die Westintegration der Bundesrepublik ab.²⁷ Dies war zwar fragwürdig, doch wurde der Aufstand von beträchtlichen Teilen der westdeutschen

17. Juni 1954: 1. Jahresfeier zum Gedenken an den 17. Juni auf dem Berliner Oranienplatz. Am Mikrofon spricht Erich Ollenhauer.

Bevölkerung als Bestätigung der politischen Legitimation einer Politik gesehen wurde, die sich an die westlichen Demokratien anlehnte und den Kommunismus bekämpfte. Der Aufstand trug zum Erfolg Adenauers bei der Bundestagswahl 1953 mit bei.

Um den Wiedervereinigungsgedanken wach zu halten, kam es im Folgejahr zur Gründung einer nationalen Sammlungsbewegung im Kuratorium »Unenteilbares Deutschland«.²⁸ Vorbild war in gewisser Weise der Verein für das Deutschtum im Ausland, der sich in der Weimarer Zeit um das Grenz- und Auslandsdeutschland gekümmert hatte. Das Kuratorium, das vielfältige Aktivitäten auch auf lokaler und regionaler Ebene entfaltete, wollte angesichts der Spaltung den Nationalgedanken pflegen. Die Politik des Vereins zielte auf die Überwindung der damaligen staatlichen Verhältnisse; er wollte nicht nur das SED-System und die DDR, sondern letztlich auch die Bundesrepublik abschaffen. Das Kuratorium wandte sich dementsprechend auch gegen eine »Verwestlichung« der Bundesrepublik.²⁹

Deutlich mag sein, dass der 17. Juni 1953 im Zeichen des Ost-West-Gegensatzes zwar letztlich die Bundesrepublik stärkte, weil er ein politisch-moralisches Scheitern des SED-Systems manifest machte, dass er aber gleichwohl auch für die Bundesrepublik – was deren Legitimation anging – Ambivalenzen aufwies. Der Antikommunismus wurde durch den 17. Juni 1953 im Westen zusätzlich begründet, verschaffte der Bundesrepublik ein weiteres Moment der Legitimation, das freilich insofern nicht durchgängig zur Konsensbildung in Westdeutschland beitrug, als der Antikommunismus von den bürgerlichen Parteien auch gegen die sozialdemokratische Linke instrumental eingesetzt wurde, man denke an das CDU-Plakat »Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau« oder das FDP-Plakat »Wo Ollenhauer pflügt, erntet der Kreml«.

Die Reden bei den Feiertagen des Deutschen Bundestages zum 17. Juni während der fünfziger Jahre spiegelten sowohl verschiedene Dimensionen der Ereignisse des 17. Juni 1953 als auch die ungeklärte nationalpolitische Lage in Deutschland wider. Zwar trat die sozialdemokratische »national-revolutionäre« Komponente bald in den Hintergrund, so dass es zunehmend darum ging, alle Schichten mit dem Willen zur Wiedervereinigung zu erfüllen.³⁰ Doch wurde daneben auch das Verhältnis der verschiedenen politischen Ziele erörtert: das Verhältnis von nationaler Einheit und europäischer bzw. westlicher Integration, der Bewahrung der Freiheit und der Durchsetzung der Wiedervereinigung, wobei die Hoffnung vorherrschte, Freiheit und Einheit erreichen zu können. Eher untypisch war, wenn der Historiker Hans Rothfels 1958 in einer Tübinger Rede dezidiert feststellte: »So sehr wir eine Entflechtung der Blöcke wünschen müssen, so sicher ist, dass wir auch und gerade um der Menschen willen, ein Opfer nicht bringen und einen Preis nicht zahlen können, wir dürfen nicht Einheit für Freiheit kaufen«.³¹

IV

Einen tiefen Einschnitt im Verhältnis der beiden deutschen Staaten markierten der 13. August 1961 und die in den sechziger Jahren beginnende Entspannungspolitik. Zwar führte der Bau der Mauer zunächst zu einer Bekräftigung des bisherigen – nicht zuletzt durch die Erinnerung an den 17. Juni 1953 geprägten – Bildes der DDR, doch verblasste danach allmählich diese Erinnerung. In der Bundesrepublik begann sich die Erkenntnis durchzusetzen, dass sich weder das SED-System noch die Spaltung rasch überwinden ließen. Von dieser Einsicht ausgehend wurde eine Politik vor-

17. Juni 1961: Kundgebung zur Erinnerung an den Volksaufstand vom 17. Juni auf dem Rudolph Wilde Platz. Es spricht Willy Brandt, der Regierende Bürgermeister von Berlin.

bereitet, die die DDR nicht mehr frontal in Frage stellte, vielmehr einen Modus vivendi, menschliche »Erleichterungen« und ein nachbarschaftliches Verhältnis anstrebte. In den Grundlinien wurde sie in Egon Bahrs Konzept »Wandel durch Annäherung« entworfen und in der neuen Ostpolitik Willy Brandts nach 1969 realisiert. Eine Erinnerungspolitik, die das SED-System unmittelbar in Frage stellte, schien vor diesem Hintergrund nicht mehr zeitgemäß. Der 17. Juni entwickelte sich durch die Formen, in der er von der Mehrheit der Bevölkerung in bester Sommerzeit begangen wurde, zunehmend zu einem Ferientag; politisch sensiblere Zeitgenossen sprachen von einem »Tag der Verlegenheit«. Seit den sechziger Jahren erhoben sich immer wieder Stimmen, die den 17. Juni als Feiertag abschaffen bzw. ihn durch einen anderen Tag ersetzen wollten.

Bei den offiziellen Feiern waren neue Töne zu hören. So sprach etwa der Kanzler der großen Koalition, Kurt Georg Kiesinger, in seiner Rede am

17. Juni 1966: Kundgebung auf dem Kennedy-Platz

17. Juni 1967 von einer »kritischen Größe«, die ein vereinigtes Deutschland hätte, so dass seine Integration in eines der Lager jeweils von der anderen Seite nicht hingenommen werden könne. Eine Wiedervereinigung sei deshalb nur durch und nach Überwindung der Spaltung Europas und des dahinterstehenden Ost-West-Konfliktes möglich.³² Diese Position bejahten im Grunde fortan alle Bundestagsparteien, auch wenn in der Zeit der Auseinandersetzung über die Ostverträge der Eindruck entstand, dass die Union hinter diese Einsicht wieder zurückfiel.

In der Zeit der sozialliberalen Koalition wurde jeweils am 17. Juni im Bundestag über die Lage der Nation diskutiert. In seiner Regierungserklärung vom 17. Juni 1970 betonte Willy Brandt, die schmerzliche Erfahrung des 17. Juni verdiene es, wach gehalten zu werden. Es bestehe keine Veranlassung, den Willen des Volkes zur Einheit und Freiheit nicht weiterhin zu bekunden. Doch erinnerte Brandt auch an das Gefühl der Ohnmacht, das der 17. Juni 1953 wie auch der 13. August 1961 bei vielen hinterlassen habe. Aus dieser Erfahrung resultiere der politische Wille, das Ost-West-Verhältnis zu verändern und eine europäische Friedensordnung schrittweise zu realisieren; nur eine derartige Politik enthalte eine Perspektive für die Deutschen und sei geeignet, die Grenzen durchlässig zu machen.³³ Drei Jahre später – anlässlich der 20. Wiederkehr des Aufstandes – hob Brandt erneut den Aufforderungscharakter des Tages hervor, sich nicht mit den Verhältnissen abzufinden. Nur eine Politik, die geordnete Verhältnisse in Deutschland schaffe, sei geeignet, die »Substanz unserer Nation in einem gesicherten Frieden zu bewahren«.³⁴

Die Erinnerung an den 17. Juni 1953 wurde hier zur Rechtfertigung einer Politik verwandt, die das SED-System und die Teilung in Deutschland modifizieren und langfristig überwinden wollte. Die Kehrseite dieser Politik war eine weitgehende Selbstanerkennung der Bundesrepublik, die in den sechziger Jahren begonnen, im Zeichen der neuen Ostpolitik jedoch weitgehend vollzogen wurde, wobei man mehr oder weniger davon ausging, dass sich ein ähnlicher Prozess in der DDR vollziehen würde. Im Hinblick auf die kommunistischen Systeme wurde von deren Wandlungsbzw. Reformfähigkeit ausgegangen, was auf eine Relativierung des 17. Juni 1953 im Kontext der Geschichte der DDR hinauslief. Als Tradition verlor der 17. Juni 1953 an Gewicht, er wurde zunehmend einer »Historisierung« unterworfen. Seit den siebziger Jahren bildete sich in Teilen der Gesellschaft, insbesondere im akademischen Milieu, sogar ein Anti-Antikommunismus heraus, der die Tendenz enthielt, die dunklen Seiten der Geschichte des SED-Systems auszublenden. Nicht nur die Existenz, sondern auch die Existenzberechtigung der DDR und ihres Systems wurden anerkannt.

V

Mit dem Regierungswechsel 1982 und dem Machtantritt einer neuen Koalition wurden zwar die Feierstunden im Deutschen Bundestag zum Tag der deutschen Einheit wieder eingeführt, doch bewegten sich die Interpretationen des 17. Juni und seiner Bedeutung in dem seit Ende der sechziger Jahre herausgebildeten Rahmen. Michael Stürmer, der Erlanger Historiker und damalige Berater von Bundeskanzler Helmut Kohl, sprach zwar in seiner Rede im Frankfurter Römer am 17. Juni 1983, 30 Jahre nach dem Aufstand, von einem »Tag bitterer Erinnerung und fortdauernder Beunruhigung«, merkte auch kritisch die zunehmende Verdrängung der Geschehnisse in der Gesellschaft der Bundesrepublik an. Stürmer ließ jedoch ungeachtet der Legitimationsschwäche des SED-Systems keinen Zweifel an der Stabilität der fortdauernden Nachkriegskonstellation und der Bedeutung der DDR für die Block-Politik der Sowjetunion. Daraus folgerte er, dass es keine Alternative zur Politik der Verträge mit dem Osten mit dem Ziel einer europäischen Friedensordnung gebe.³⁵

In den achtziger Jahren wurde zunehmend der Nationalstaatsgedanke für Deutschland relativiert. Nicht selten wurde die Ansicht vertreten, dass der Nationalstaat im Rahmen der deutschen Geschichte nur eine Episode gewesen sei. Thomas Nipperdey meinte 1985: »Es ist durchaus möglich, dass sich die Deutschen in den Nachfolgestaaten des Reiches von 1871 so eingerichtet haben, freiwillig – unfreiwillig, dass sie den Status quo hinnehmen, und dass es mit der deutschen Nation zu Ende geht. Aber einstweilen ist diese Frage dispensiert, in einer merkwürdigen Schwebelage.«³⁶ Jürgen Habermas sah in dieser Zeit die Westdeutschen – über die Ostdeutschen machte er keine Aussagen – im Prozess der Herausbildung einer postnationalen Identität und eines Verfassungspatriotismus schon ein gutes Stück vorangeschritten, ein Prozess, den er positiv bewertete.³⁷ Über Nationalbewusstsein und Verfassungspatriotismus entwickelte sich eine kontroverse Debatte.

Dazu passt, dass jene Interpretation des 17. Juni 1953 zurücktrat, die das Geschehen auf die Idee der Wiederherstellung der deutschen Einheit bezog. 1986 meinte der Bielefelder Historiker Christoph Kleßmann, der 17. Juni 1953 gehöre »in die Reihe der Aufstands- und Freiheitsbewegungen, an denen die deutsche Geschichte nicht eben reich ist«.³⁸ Ein Jahr später charakterisierte der aus Deutschland stammende amerikanische Historiker Fritz Stern in der Gedenkveranstaltung des Deutschen Bundestages den 17. Juni 1953 ganz ähnlich: »Der damalige Aufstand muss in die deutsche Geschichte eingereiht werden als einer jener großen Momente, in denen

13. August 1970: Kranzniederlegung an der Straße des 17. Juni

Menschen sich gegen Gewalt und Unmenschlichkeit gewehrt haben«. Zugleich sei der 17. Juni einzuordnen in die Serie der Aufstände gegen den Stalinismus. Am 17. Juni sei ein Aufstand für »ein besseres, für ein freieres Leben gewesen«, »kein Aufstand für die Wiedervereinigung«. Stern attestierte der Bundesrepublik, sie sei Erbin der freiheitlichen Traditionen deutscher Geschichte, zu denen er den 17. Juni 1953 zähle. Aus seiner Sicht waren die antidemokratisch-antiwestlichen Affekte, »die früher so tief in der deutschen Seele und Politik genistet haben«, weitgehend verschwunden.³⁹ – Der 17. Juni wurde ein Stück weit historisiert, erhielt jedoch ansatzweise eine neue Gegenwartsrelevanz, die sich fast ausschließlich auf die Bundesrepublik bezog: Er wurde ein wichtiger Komplex der freiheitlichen Traditionen der Bundesrepublik, ausgeblendet wurde dabei die Frage, was der 17. Juni für die DDR bedeutete.

Schon zwei Jahre später wurde deutlich, dass die Stabilität des SED-Systems und der Zweistaatlichkeit, von der man jahrzehntelang ausgegangen war, so nicht (mehr) existierte und die Sowjetunion unter Gorbatschow

das SED-System nicht weiter garantierte. In einer bemerkenswerten Rede am 17. Juni 1989, wenige Monate vor Beginn der Umwälzung in der DDR, hat der SPD-Politiker Erhard Eppler diejenigen kritisiert, die die nationale Frage für endgültig gelöst hielten. Zugleich beurteilte er die Verhältnisse in der DDR kritisch und stellte – in Abwandlung der von ihm zuvor selbst vertretenen These von der Reformfähigkeit beider Seiten – gar fest: »Keine Seite kann die andere daran hindern, sich selbst zugrunde zu richten.«⁴⁰ In der Tat stellte sich im Herbst 1989 heraus, wie schwach die Legitimation des SED-Systems und die DDR als Staat waren. Anders jedoch als am 17. Juni 1953 war die Sowjetunion im Herbst 1989 nicht mehr bereit, das SED-System mit Waffengewalt zu verteidigen. Die Umwälzung in der DDR 1989/90, in der die Erfahrung des 17. Juni 1953 wohl nur noch bei manchen Älteren verhaltensorientierend wirkte, warf in einer überraschenden Analogie zu 1953 die deutsche Frage wieder auf. Die Westdeutschen stellten nicht ohne Irritation fest, dass sich in der DDR kein zur Bundesrepublik vergleichbares Identitätsbewusstsein entwickelt hatte, dass das SED-System offenbar keine Legitimationsbasis besaß und die große Mehrheit der DDR-Bevölkerung nach der Öffnung der Mauer auf eine rasche Vereinigung drängte.

VI

Erklärungsbedürftig ist der Tatbestand, dass der 17. Juni, der Staatsfeiertag der Bundesrepublik, der die Erinnerung an Ereignisse in dem anderen deutschen Staat und das gesamtdeutsche Bewusstsein wach halten sollte, im Herbst 1990 ohne Diskussion abgeschafft wurde. Der Feiertag war für die meisten Westdeutschen offensichtlich inhaltlich entleert, galt als ein Überbleibsel aus einer anderen Zeit, war ein »Tag der Verlegenheit«; in Ostdeutschland aber war er verdrängt worden, durch die Propaganda des Systems zudem negativ gekennzeichnet, aus DDR-Sicht gleichsam zu einem westdeutschen Traditionsbestand geworden.

Sicherlich hat der 17. Juni 1953 in den fünfziger und sechziger Jahren in der Auseinandersetzung der Bundesrepublik mit der DDR eine spezifische Rolle gespielt, die mit der Herstellung der deutschen Einheit endgültig entfallen ist. Zudem war der 17. Juni 1953 schon vorher in erheblichem Maße historisiert worden. Allerdings stellt sich heute die Frage, ob die Erinnerung an die Geschehnisse des 17. Juni 1953 nicht in der Gegenwart eine größere Rolle im Gedächtnis der deutschen Demokratie spielen könnte oder sollte.

Tatsächlich gehört der 17. Juni 1953 – wie in den achtziger Jahren von einigen schon formuliert – ungeachtet der relativen Kürze des Geschehens und der Erfolglosigkeit des Aufstandes zu den demokratischen Bewegungen der deutschen Geschichte, die wir im Hinblick auf Gegenwart und Zukunft zu den Traditionen des Kampfes für Menschen- und Bürgerrechte und gegen Diktatur und Totalitarismus zählen dürfen. Diese demokratische Tradition ist zugleich eine nationale Tradition. Der enge Zusammenhang von Freiheits- und Einheitsforderungen, der zeitweilig aus dem Blick geriet, ist jedoch 1989/90 – wie schon 1953 – erneut bewusst geworden. Lange Zeit hat der Gegensatz zwischen der Idee der Nation und den Ideen der Demokratie die deutsche Entwicklung belastet, seit 1989/90 erscheint er, wenn nicht überwunden, so doch überwindbar.⁴¹

Ein neues Interesse am 17. Juni wurde ansatzweise in den frühen neunziger Jahren manifest. Zeitzeugen des Geschehens wurden befragt, eingekapselte Erinnerungen nun freigesetzt, Denkmäler errichtet, historische Konferenzen durchgeführt und Bücher publiziert.⁴² Der 50. Jahrestag 2003 stimuliert offensichtlich erneut das Interesse, wie sich an einer Vielzahl von Veranstaltungen, Publikationen, Fernsehfilmen etc. ablesen lässt. Der 17. Juni 2003 gibt in der Tat Gelegenheit, dass sich die deutsche Gesellschaft – jenseits der spezifischen Verwertungsinteressen der Nachkriegszeit – an den 17. Juni 1953 erinnert, was u.a. die Kennzeichnung von Orten des Erinnerens sinnvoll erscheinen lässt.⁴³ Jedenfalls sollte der 17. Juni 1953 in der deutschen Erinnerungskultur seinen festen Platz haben – wie der Herbst 1989 und andere Ereignisreihen deutscher Geschichte, die man mit dem früheren Bundespräsidenten Gustav Heinemann als Manifestationen von Freiheitsbewegungen der Deutschen auffassen kann.⁴⁴ Als erster einer Reihe von Bewegungen gegen die stalinistischen Diktaturen in Osteuropa gehört er zudem zu den europäischen Traditionen des Kampfes gegen Diktatur und Unterdrückung.

1 Vgl. u.a. Ilko-Sascha Kowalczyk/Armin Mitter/Stefan Wolle (Hrsg.): Der Tag X – 17. Juni 1953. Die »Innere Staatsgründung« der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54. Berlin 1995; Heidi Roth: Der 17. Juni in Sachsen. Köln 1999; Volker Koop: Der 17. Juni 1953. Legende und Wirklichkeit. Berlin 2003; Ilko-Sascha Kowalczyk: 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR. Vorgeschichte, Ablauf, Folgen. Bremen 2003.

2 Klaus Harpprecht und Klaus Bölling haben schon 1954 für den 17. Juni den Begriff der »klassenlosen Revolution« geprägt: Stefan Brant [Klaus Harpprecht], unter

- Mitarbeit von Klaus Bölling: Der Aufstand. Vorgeschichte, Geschichte und Deutung des 17. Juni 1953. Stuttgart 1954, S. 318.
- 3 Torsten Diedrich: Putsch – Volksaufstand – Arbeiteraufstand? Zur Arbeitererhebung in der deutschen Geschichtsschreibung. In: APuZ 1993, B 25, S. 3–11; Stefan Wolle/Armin Mitter: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte. München 1993, S. 160 ff.
 - 4 Siehe dazu Ilse Spittmann/Karl-Wilhelm Fricke (Hrsg.): 17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR. Köln 1982, S. 182 ff.
 - 5 Siehe Jens Ebert/Insa Eschebach (Hrsg.): Die Kommandeuse. Erna Dorn – zwischen Nationalsozialismus und Kaltem Krieg. Berlin 1994.
 - 6 Vgl. Bernd Faulenbach: Die DDR als antifaschistischer Staat. In: Rainer Eckert/Bernd Faulenbach (Hrsg.), Halbherziger Revisionismus. Zum postkommunistischen Geschichtsbild. München 1996, S. 47–68.
 - 7 Edgar Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990, Darmstadt 1999, S. 109 (Zitat). Vgl. Armin Mitter/Stefan Wolle, Die deutsche Revolution des Jahres 1953, in: Dies., Untergang auf Raten, S. 27–162.
 - 8 Dienstbesprechung beim Minister für Staatssicherheit der DDR am 31.8.1989; Abdruck des Protokolls in: Armin Mitter/Stefan Wolle: Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar–November 1989. Berlin 1990, 2. Aufl. S. 113–138, hier S. 125 (Mielke fragte: »Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?«).
 - 9 Lutz Niethammer in der Podiumsdiskussion: Der 17. Juni – vierzig Jahre danach, in: Jürgen Kocka/Martin Sabrow (Hrsg.): Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven. Berlin 1994, hier S. 47.
 - 10 Siehe Annette Leo: Der 100-Tage-Streik und der 17. Juni 1953 in Hennigsdorf. In: Bernd Faulenbach/Annette Leo/Klaus Weberskirch: Zweierlei Geschichte. Lebensgeschichte und Geschichtsbewusstsein von Arbeitnehmern in West- und Ostdeutschland. Essen 2000, S. 365–381, insbes. S. 373 ff.
 - 11 Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (Hrsg.): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Kapitel XIII, Periode 1949 bis 1955. Berlin (Ost) 1969, S. 225 ff.
 - 12 Stefan Doernberg: Kurze Geschichte der DDR. Berlin (Ost) 1969, S. 227 ff.; Ernst Diehl, 750 Jahre Berlin. Thesen. Berlin (Ost) 1986, S. 60.
 - 13 Vgl. die Beiträge in Jochen Czerny (Hrsg.): Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung der DDR-Geschichte. Leipzig, Jena, Berlin 1990.
 - 14 Stephan Hermlin: Die Kommandeuse. In: Ders.: Lebensfrist. Gesammelte Erzählungen. Berlin 1980, S. 169–180.
 - 15 Stefan Heym: 5 Tage im Juni. Roman. München/Gütersloh/Wien 1974.
 - 16 Anna Seghers: Das Vertrauen. Berlin (Ost) 1968.
 - 17 Hermann Kant: Das Impressum. Berlin (Ost) 1972.
 - 18 Vgl. Heinrich Mohr: Der 17. Juni als Thema der Literatur in der DDR. In: Spittmann/Fricke (Hrsg.), 17. Juni, S. 87–111.
 - 19 Vgl. Martin Krämer: Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 und sein politisches Echo in der Bundesrepublik Deutschland. Bochum 1996.

- 20 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 24.6.1953, Nr. 116, S. 995, zitiert nach Edgar Wolfrum, *Geschichtspolitik*, S. 101.
- 21 Marion Gräfin Dönhoff: Die Flammenzeichen rauchen. In: *Die Zeit* am 25.6.1953. Wieder abgedruckt u. danach zitiert in: *ZEIT-Geschichte der Bonner Republik 1949–1999*. Hrsg. v. Marion Gräfin Dönhoff u.a. Hamburg, 2. Aufl. 1999, S. 44–49, Zitate S. 44 f.
- 22 Siehe Wolfrum, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland*, S. 82 ff.
- 23 Siehe Protokoll vom 2.7.1953, Deutscher Bundestag, PA, Gesetzesdokumentation Bd. I, 479. Vgl. Ilse Spittmann: Tag der deutschen Einheit. In: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): *Handwörterbuch der deutschen Einheit*. Bonn 1991, S. 660–667.
- 24 Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, 1. Wahlperiode, 278. Sitzung, S. 13.883. – Vgl. auch Willy Brandt: *Arbeiter und Nation*. Bonn 1954.
- 25 Verhandlungen des Deutschen Bundestages (siehe Anmerkung 24), S. 13.875.
- 26 Vgl. Dieter Groh/Peter Brandt: »Vaterlandslose Gesellen«. Sozialdemokratie und Nation 1860–1990. München 1992.
- 27 Siehe Wolfrum, *Geschichtspolitik*, S. 99 ff.
- 28 Vgl. Leo Kreuz: Das Kuratorium Unteilbares Deutschland. Aufbau, Programmatik, Wirkung. Opladen 1980; Christoph Meyer: Die deutschlandpolitische Doppelstrategie. Wilhelm Wolfgang Schütz und das Kuratorium Unteilbares Deutschland. Landsberg 1997.
- 29 Siehe Wolfrum, *Geschichtspolitik*, S. 159 f.
- 30 Siehe Herbert Hupka (Hrsg.): 17. Juni. Reden zum Tag der Deutschen Einheit. Bonn 1964.
- 31 Hans Rothfels: Geschichtliche Betrachtungen zum Problem der Wiedervereinigung. Akademische Rede am 18. Juni 1958. In: *VfZ* 6, 1958, S. 327–339, wieder abgedruckt in: Ders.: *Zeitgeschichtliche Betrachtungen. Vorträge und Aufsätze*. 2. Aufl. Göttingen 1959, S. 236–253, hier S. 252.
- 32 Bundeskanzler Kiesinger, Rede anlässlich des Staatsaktes zum Tag der deutschen Einheit, in: *Texte zur Deutschlandpolitik Bd. I*. Hrsg. v. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bonn – Berlin 1968, S. 77–83.
- 33 Willy Brandt, Regierungserklärung vom 17. Juni 1970, abgedruckt in: Bundeskanzler Brandt – Reden und Interviews. Hamburg 1971, S. 189–196, Zitat S. 189.
- 34 Bundeskanzler Brandt, Erklärung zum 17. Juni 1953, abgedruckt in: *Texte zur Deutschlandpolitik Bd. 12*. Hrsg. v. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Bonn 1973, S. 757–758.
- 35 Michael Stürmer: Die Deutsche Frage – kein Eigentum der Deutschen: Zum 17. Juni 1953, abgedruckt in: Michael Stürmer: *Dissonanzen des Fortschritts. Essays über Geschichte und Politik in Deutschland*. München – Zürich 1986, S. 223–234.
- 36 Thomas Nipperdey: Die deutsche Einheit in historischer Perspektive. In: Ders.: *Nachdenken über die deutsche Geschichte. Essays*. München 1986, S. 206–217, Zitat S. 216. – Vgl. dazu Bernd Faulenbach: Die deutsche Historiographie und die Nachkriegsentwicklung in Deutschland. In: *Von der Aufgabe der Freiheit. Festschrift für Hans Mommsen*. Berlin 1995, S. 99–116.

- 37 Jürgen Habermas: Geschichtsbewusstsein und posttraditionale Identität. Die Westorientierung der Bundesrepublik. In: Ders.: Eine Art Schadensabwicklung. Kleine politische Schriften VI. Frankfurt 1987, S. 161–179.
- 38 Christoph Kleßmann: Zum 17. Juni 1953 – seine Geschichte und seine Legenden. Vortrag anlässlich der Gedenkveranstaltung des Rates der Stadt Bielefeld am 17. Juni 1986 im Großen Sitzungssaal des Neuen Rathauses. Als Manuskript gedruckt, Zitat S. 12.
- 39 Fritz Stern: Ein Gedenktag und seine Tabus. In: Ders.: Der Traum vom Frieden und die Versuchung der Macht. Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert. Berlin 1988, S. 243–259, Zitate S. 244 f. u. 258.
- 40 Erhard Eppler: Wir wollen nicht Vergangenes restaurieren, sondern Neues schaffen. Rede am 17. Juni 1989 im Deutschen Bundestag. In: Ders.: Reden auf die Republik. Deutschlandpolitische Texte 1952–1990. München 1990, S. 31–46, Zitat S. 42.
- 41 Vgl. Bernd Faulenbach: Den Gegensatz von Nation und Demokratie überwinden. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 38, 1993, S. 690–692.
- 42 Zu den herausragenden Publikationen von 1993 zu zählen ist Gerhard Beier: Wir wollen freie Menschen sein. Der 17. Juni 1953: Bauleute gingen voran. Frankfurt am Main 1993. Siehe auch Annette Leo: Der 100-Tage-Streik und der 17. Juni 1953 in Hennigsdorf (siehe oben Anmerkung 10), S. 365 f.; Siegfried Weichleich: Der 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte. Ein Tagungsbericht. In: IWK 29, 1993, S. 229–335.
- 43 Siehe den Aufruf 17. Juni 1953 – Orte des Erinnerns. Abgedruckt in: Deutschland Archiv 35, 2002, H. 4, S. 563.
- 44 Vgl. Gustav W. Heinemann: Die Freiheitsbewegung in der deutschen Geschichte. In: Ders.: Präsidiale Reden. Frankfurt 1975, S. 133–141.

Ulrich Mählert (Hg.)

Der 17. Juni 1953

Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit



Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 3-8012-4133-5

Copyright © 2003 by
Verlag J.H.W.Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, D-53175 Bonn
Satz: Petra Strauch, Bonn
Lektorat: Günter Hertel

Umschlaggestaltung: Daniela Müller, Bonn, unter Verwendung eines Fotos aus dem
Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung
Druck und Verarbeitung: WB-Druck, Rieden
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2003

Inhalt

- 7 **Einleitung: Dimensionen eines Aufstandes**

Ulrich Mähler

I Der Aufstand in den Regionen

- 36 **Berlin: Die Stalinallee – Vom Symbol des sozialistischen Aufbaus zum Zentrum des Arbeiterprotests**

Stefan Wolle

- 57 **Potsdam: Im Schatten der Hauptstadt?**

Traditionen, Brüche und Konflikte

Burghard Ciesla

- 77 **Leipzig und Görlitz: Die SED-Macht zeigt sich hilflos**

Heidi Roth

- 109 **Jena: Die Zeiss-Arbeiter proben den Aufstand**

Heinz Voigt

- 133 **Bezirk Halle: Aufruhr im »blutroten Herzen Deutschlands«**

Udo Grashoff

- 157 **Rostock: Erhebung an der Küste**

Klaus Schwabe

II Menschen machen Geschichte

- 174 **Fallstudien zum sozialdemokratischen Widerstand in der SBZ/DDR**

Friedhelm Boll

- 199 **Richard Haider – Ein Leipziger Sozialdemokrat**

Zusammengestellt von Heidi Roth

- 205 **Stefan Weingärtner – Ein jugendlicher »Provokateur«**
Zusammengestellt von Heidi Roth
- 209 **Walter Scheler – Die Courage des Augenblicks**
Zusammengestellt von Heinz Voigt
- 215 **Paul Othma – Ein Streikführer in Bitterfeld**
Zusammengestellt von Udo Grashoff
- 219 **Robert Dahlem – Wider die eigene Partei**
Zusammengestellt von Klaus Schwabe
- 225 **»Der 16. Juni 1953 bleibt mir unvergesslich« –
Ein Augenzeugenbericht**
Peter Bruhn

III Geschichtsbewusstsein und Geschichtspolitik

- 252 **Die »Verarbeitung« des 17. Juni 1953 in der DDR
und der Bundesrepublik**
Bernd Faulenbach
- 273 **Weiterführende Literatur**
- 277 **Bildnachweis**
- 278 **Über die Autoren**